

diesmal höchstens noch Verzögerungen um wenige Tage angebracht werden können.

Genf, 27. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Oberst House erklärte, daß seine Reise nicht mit dem Waffenstillstand zusammenhänge und er in dieser Beziehung keinen Spezialauftrag habe. Amerika befindet sich derzeit im Kriege, und an den Vorbereitungen habe sich nichts geändert. Die amerikanische Presse war während der ganzen Dauer des Notenwechsels der getreue Dolmetscher allgemeiner Gefühle.

Genf, 26. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Petit Parisien“ schreibt: Wilson überläßt es den Alliierten, ihre Haltung bezüglich der Friedensbedingungen festzusetzen. Dabei sind zunächst separate Beratungen der interessierten Kabinette, hierauf gemeinsame Beratungen ihrer berufensten Mitglieder vorzuziehen. Aber schon derzeit hat die Entente die höchst wichtige Vorfrage erledigt. Die verbündeten Regierungen beschäftigen sich seit Wochen mit den Klauseln zum Waffenstillstand. Ihre militärischen und Marinematgeber einschließlich derjenigen Amerikas vereinbarten die Garantien, welche eine Erneuerung der Feindseligkeiten durch Deutschland ausschließen. Dazu gehört offenbar die zeitweilige Besetzung der Festungen, Gebietsorte und Häfen sowie die Auslieferung des Kriegsmarinematerials.

Aus dem Artikel Cahins in der „Humanität“ geht hervor, daß die sozialistische Delegation von Clemenceau vergeblich eine öffentliche Erklärung über das Friedensprogramm verlangte. Cahins erklärt, daß Wilson jetzt dieselbe Forderung stelle.

Der inspirierte Pariser Korrespondent des „Journal de Geneve“ weist auf die Dringlichkeit für die Alliierten hin endlich eine präzise konkrete diplomatische Einheitsfront einzurichten. Es ist in dieser Richtung noch viel zu tun, und sonderbar ist, daß immer eine unendliche Zeit notwendig ist, um die allerdingsten Werkzeuge zu schmieden.

London, 27. Oktober. Reuters meldet aus Tokio vom 25. Oktober: In amtlichen Kreisen wird Wilsons Antwort an Deutschland uneingeschränkte Bewunderung gezollt.

Das Manifest gegen die französischen Chauvinisten.

Genf, 27. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Beratungen der sozialistischen Partei und der Konsolidation der Gewerkschaften ergaben gegen die Stimmen der Zimmerwälder den Beschluß, mit der „Coalition republicaine“ und der Liga der Menschenrechte ein gemeinsames Manifest gegen die Chauvinisten herauszugeben.

Dasselbe meldet, das Manifest billige Wilsons Antwort an Deutschland in warmen Worten.

Für sofortige Einberufung der Internationale

Heber die neuen Schritte der schwedischen Sozialdemokratie zur sofortigen Wiedereinberufung der sozialistischen Internationale teilt Branting im „Stockholmer Socialdemokraten“ u. a. folgendes mit:

Der Gedankenaustausch zwischen Berlin und Washington hat in schneller Tempo zu größerer Klarheit über die Voraussetzungen des Weltfriedens geführt, nach dem alle Völker, die kriegsführenden wie die neutralen, lehnstuchselbst ihre Hände aufstrecken. Mit zunehmender Deutlichkeit hat Wilson hervorgehoben, daß sein Programm vollständig und ausdrücklich angenommen werden muß und daß er nicht mit den bisher selbstherrlichenden Mächten verhandeln kann, die den Krieg verschuldet haben, solange noch eine Möglichkeit besteht, daß diese wieder als Herrscher über ihre Völker hervortreten. Und alles deutet darauf hin, daß Deutschlands Volk für seinen Teil die entscheidende Wahl zwischen der härteren Kaisermacht und dem Frieden als gleichberechtigtes Mitglied im Bunde der Nationen getroffen hat, während die Völker des anderen Kaiserstaates in freier nationaler Staatsbildung zur völligen Neuordnung schreiten. In den sozialdemokratischen Parteien der nordischen Länder hat man überall das Verlangen gespürt, daß sie auch ihrerseits alles tun sollten, um im rechten Augenblick so gut wie möglich die Kräfte zu unterstützen, die in der ganzen Welt für einen geordneten Rechtszustand und einen dauerhaften Frieden arbeiten. Man hat Verhandlungen über eine gemeinsame Erklärung an Wilson oder noch besser an beide Mächtegruppen geführt. Die letzte deutsche Antwort an Wilson scheint den Weg für eine derartige Aktion zu ebnen, und deswegen stelle der Vorsitzende der schwedischen Partei bei Branting den Antrag auf ein gemeinsames skandinavisch-holländisches Vorgehen.

Bei der Schnelligkeit, mit der die Ereignisse sich entwickelt haben, dürfte man indessen jetzt weitergehen können. Am 25. Oktober sandten wir deshalb ein Telegramm ab, man solle sofort die Einberufung der seit so langer Zeit angeforderten, aber wegen der aufgetauchten Schwierigkeiten immer wieder verschobenen internationalen sozialistischen Konferenz vorbereiten. Seit den Vorarbeiten in Stockholm im Sommer und Herbst 1917 konnte die „Idee von Stockholm“, wie sie genannt wurde, der Gedanke auf Einberufung der Internationale, wohl für einige Zeit zurückgedrängt werden, da es schien, als ob der Geist des Imperialismus den Geist des Rechts erstickend würde. Aber der Gedanke und die Hoffnung sind nie aufgegeben worden.

Niemand kann daran zweifeln, daß die sozialdemokratischen Parteien der Ententeländer, welche kürzlich in London das Friedensprogramm des westlichen Sozialismus und der Demokratie bestätigt haben, sich vollständig Wilsons Forderungen anschließen; es ist bei ihnen eine starke Stimmung dafür vorhanden, daß die Arbeiterklasse bald hervortreten und ihr gewichtiges Wort dafür in die Waagschale legen möge, daß der Friede ein Friede des Rechts und der Demokratie wird. Auf der anderen Seite haben die deutschen Sozialdemokraten (Rechtspartei) nunmehr als regierende Partei ihre Vorbehalte gegen Stockholm aufgegeben und sich damit einverstanden erklärt, daß, wie Prinz Max es ausgedrückt hat, die Rechtsfrage vor unseren Landesgrenzen keinen Halt macht. Die größten Hindernisse einer internationalen sozialistischen Konferenz sind damit glücklich aus der Welt geschafft. Wir erwarten in den nächsten Tagen die Antwort Troelstra. Es ist unser innigster Wunsch, daß sich nunmehr keine neuen Hindernisse denen in den Weg stellen mögen, die trotz aller Schwierigkeiten schließlich an dem Entschluß fest-

Rückverlegung der deutschen Front zwischen Dife und Serre — Feindliche Angriffe südlich von Guise und südöstlich von Methel — Große Schlacht östlich der Brenta — Die Piave vom Feinde überschritten — Einbruch bei Papadopoli.

Berlin, 28. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Keine größeren Kämpfe. Südlich der Scheide, am Dife-Kanal und am Souche-Abschnitt scheiterten heftige Teilaufgriffe des Gegners.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht

Keine größeren Kampfhandlungen. Südwestlich von Deuze, östlich von Nivelgem und bei Arres (südlich der Scheide) wiesen wir feindliche Angriffe ab. Bei Säuberung einzelner Engländerneher bei Hamars und Englefontaine machten wir Gefangene.

Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Uebergangsversuche des Feindes über den Dife-Kanal bei Tulpigny wurden vereitelt. Zwischen Dife und Serre nahmen wir in vorletzter Nacht unsere in dem vortretenden Bogen zwischen Origny und La Ferté stehenden Truppen in die Linie westlich von Guise — östlich von Grech an der Serre zurück. Der Feind griff gestern unsere neuen Linien südlich von Guise an; unter Einbuße zahlreicher Panzerwagen wurde er abgewiesen. Am Souche-Abschnitt scheiterten am frühen Morgen erneute Angriffe der Franzosen zwischen Froidmont und Pierrepoint. Westlich der Aisne fanden gestern nur örtliche Kämpfe statt. Feindliche Angriffe gegen unsere auf dem Südufer der Aisne südöstlich von Methel und bei Nilly stehenden Truppen wurden abgewiesen. Auf den Aisne-Höhen östlich von Bouziers nahm der Artilleriekampf am Abend in Verbindung mit erfolglosem Angriff des Gegners östlich von Chetres vorübergehend große Stärke an.

Seezugsgruppe Gallwitz.

Auf den Höhen östlich der Maas wiesen wir Angriffe der Amerikaner am Walde von Consembouge und am Ormont-Walde ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die eingeleiteten Bewegungen wurden planmäßig weitergeführt. Südlich von Rudnik und Topsis erfolgreiche Nachhutkämpfe. Weidenseitig der Marawa besteht nur geringe Gefechtsfähigkeit mit dem Feinde.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

gehalten haben, die Internationale wieder aufzubauen, als eine unerlässliche Garantie für den Vollfrieden des Rechts.

Auch die dänische Sozialdemokratie hat nach Kopenhagens „Socialdemokraten“ in den letzten Tagen an Troelstra und Branting geschrieben und telegraphiert, um auf die Einberufung der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz zu dringen. Die Arbeiterparteien der Entente und der Zentralmächte hätten sich jetzt auf das Wilsonsche Friedensprogramm geeinigt, und auch die Regierungen neigten sich dieser Lösung zu. Aber in beiden Lagern seien noch starke chauvinistische Kräfte am Werk, den Abschluß eines baldigen dauerhaften Friedens zu verhindern. Niemand sei an solchem Frieden mehr interessiert, als die internationale Sozialdemokratie und die arbeitenden Massen. Werde der Augenblick für einen solchen Frieden verpaßt, so könne unberechenbares Unglück geschehen, das auf Generationen hinaus eine gesunde demokratische und soziale Entwicklung vernichte. Da jetzt über das Wilson-Programm Einigkeit herrsche, wäre es ein wahnsinniges Verbrechen gegen die Menschheit, noch weiter monatelang das Blut in Strömen fließen zu lassen und den Nationalhaß immer weiter zu vertiefen; die Arbeit für den Völkerbund mit Schiedsgericht und Abrüstung müßte dadurch immer schwieriger werden.

Die Entente und die Kleinvölker.

Genf, den 27. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im „Progrès de Lyon“ schreibt Gabriel Seailles: Die Entente geht gegen die Tschechoslowaken und Südslawen Verpflichtungen ein, welche sie nicht brechen darf. Aber das eigene Interesse dieser Völker wie des Weltfriedens rät an, das Nationalprinzip nicht allzu streng anzuwenden. Die Kleinvölker würden aus wirtschaftlichen Gründen den Anschluß an Deutschland suchen müssen. Darum ist ihre Föderation rätlich, ebenso für die Balkanvölker. Eine völlige Selbständigkeit würde die Unterdrückung der nationalen Minderheiten herbeiführen. Dort, wo Völker durcheinander leben, ist Friede und Gerechtigkeit in einem internationalen Statut unter Kontrolle der Mächte zu suchen. Man hüte sich neue Herde des Nationalismus zu schaffen.

Sowjet-Rußland und Trust-Amerika.

Eine russische Note an Wilson.

Tschitscherin hat am 24. Oktober an Wilson eine sehr lange Note geschrieben, die allerdings unter stark ironischen Wendungen, Rußlands Einverständnis zur Beteiligung an der allgemeinen Friedenskonferenz ausdrückt. Bezüglich der Räumung der besetzten Gebiete wird angefragt, wann die Entente Rumänien, Archangel und Sibirien räumen wollen. Es wird um nähere Auskunft über den Völkerbund ersucht, besonders darüber, ob er auch die Befreiung Irlands, Ägyptens, Indiens und der Philippinen bringen solle. Wie sollten die allgemeinen Kriegslasten aufgebracht werden, wenn nicht durch die Ungültigkeitserklärung sämtlicher Kriegsschulden, wie sollte Belgien gehalten werden, wenn nicht alle sich daran beteiligen sollten, wozu Rußland gern bereit sei? Der richtige Völkerbund könne nur auf der Enteignung aller Kapitalisten beruhen, sonst würde er ein Völkerbund der Kapitalisten gegen die Völker werden. Weiter wird gefragt, was Frankreich als Ersatz für die ungültig erklärten russischen Schulden verlange. Der Ton läßt aber nicht darauf schließen, daß ein Eingehen auf diese Vorschläge beabsichtigt wird. Zum Schluß wird nochmals um Antwort gebeten, mit dem Hinzufügen, daß Schweigen auch eine Antwort sei.

Die russische Nordrepublik und Amerika.

Genf, 26. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Petit Parisien“ meldet aus Archangel. Die Errichtung einer franko-russischen Legion deren Kadern größtenteils aus französischer Mannschaf und teilweise aus ehemaligen russischen Offizieren bestehen. Der Korrespondent stellt fest, daß in der Truppe keine Zeichen des früheren revolutionären Geistes bemerkbar sind. Weiter

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. Oktober. Amtlich wird veröffentlicht:

Italienischer Kriegsschauplatz.

In den Sieben Gemeinden blieb die Kampfstärke des Gegners auch gestern auf einzelne Vorhölzer beschränkt, die abgewiesen wurden.

Ostlich der Brenta tobt auf 60 Kilometer Frontbreite eine große Schlacht.

Im Gebirge zwischen der Brenta und der Piave schritten wieder alle Anstürme des Feindes, mochten sie mit noch so starken Kräften getätigt worden sein. Die südlich der Fontana Secca an die Italiener verlorene Sternlupe wurde im Gegenangriff zurückgerufen, wobei ein großer Teil der Besatzung in der Hand unserer Truppen blieb.

Unter unseren tapferen Truppen haben sich in diesen Kämpfen besonders ausgezeichnet die Infanterieregimenter Nr. 7 (Magenfurt), 39 (Debreczin), 47 (Marburg), 49 (St. Vitten), 73 (Jäger), 120 (Wesphalischer), 139 (Neues ungarisches Regiment), das ungarische Sturmabteilung Nr. 17, das kroatische Nr. 42, das Wiener Schützenregiment 1 und das kroatische Landwehrregiment 28. Kriegerliche Anerkennung verdienen wieder die Artillerie und unsere Infanterie- und Schlachtflieger.

An der Piave hat nach heftiger Artillerievorbereitung in der Nacht zum 27. der Ententeangriff eingesetzt. Bei Valdobbiadene vermochten schwächere feindliche Abteilungen das linke Ufer zu gewinnen. Sie wurden zum größten Teile zurückgedrängt. Bei Vigonovo und Fidor wurden Uebergangsversuche durch unser Abwehrfeuer zum Scheitern gebracht.

Uwärtig von Fidor gelang es dem Feinde, mit stärkeren Kräften den Uebergang zu erzwingen. Unsere Truppen warfen sich ihm im Gegenangriff entgegen. Abends wurde bei den Dörfern Morigo und Sernaglia gekämpft.

Gegenüber dem Nordostfuß des Montello blieben die Uebergangsversuche der Italiener ohne Erfolg.

Von Papadopoli aus stießen die Engländer bis Tesse und San Polo di Piave vor.

2 bis 3 Kilometer tiefe Einbruchsstelle wurde durch unsere um jeden Fußbreit Boden tapfer fechtenden Truppen in den Flanken abgeriegelt.

Neue Kämpfe sind seit heute früh an der Piave im Gange.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei Alessio an der albaischen Rake Nachhutkämpfe.

An der mittleren Drina kam es zu Zusammenstößen zwischen unseren Sicherungstruppen und starken Verbänden.

Das Zurückweichen unserer Truppen in Serbien erfolgte ohne Störung durch den Gegner. Die Besetzung bestand gestern nur nördlich von Krugajewac.

Der Chef des Generalstabes.

meldet der Korrespondent, daß der ehemalige Finanzminister im Koalitionskabinett, Randschwin, nach Amerika abgereist ist, um ökonomische und finanzielle Abmachungen der russischen Nordrepublik zu erzielen.

Die Wahlen in Norwegen.

Niederlage der Regierungspartei.

Kristiania, 27. Oktober. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Stortingswahlen aus sämtlichen Wahlkreisen bis auf die fünf entfernt liegenden nordnordwestischen Kreise gibt der vorläufige Ausfall folgenden Bild: Von im ganzen 128 Stortingabgeordneten sind bisher endgültig gewählt 25 oppositionelle Rechtepartei, 19 Arbeiterpartei plus 1 Arbeiterdemokrat und 12 Sozialisten. Entscheidungswahlen müssen in 69 Kreisen stattfinden. Da diese Entscheidungswahlen nicht im deutschen Sinne Endwahlen, sondern Neuwahlen sind, wobei sämtliche bisherigen Kandidaten ergrut und auch neue Kandidaten aufgestellt werden können, läßt sich ein bestimmtes Endergebnis mit Sicherheit nicht voraussagen. Oppositionelle Wähler berechnen, daß das neue Storting voraussichtlich zusammengesetzt sein werde aus 40 oppositionellen Rechtsparteilern plus 3 Widen, 55 Regierungsparteilern plus 2 Arbeiterdemokraten und 26 Sozialisten. Das bisherige Verhältnis war 21 Rechtsparteiler, 8 Widen, 74 Regierungsparteiler, 6 Arbeiterdemokraten und 19 Sozialisten. Da selbst das Regierungsbüro Intelligenzienten von den noch ausstehenden 60 Wahlen nur 33 Wahlkreise für sicher ansieht, dürfte demnach die bisherige absolute Mehrheit der Regierungspartei ernstlich bedroht sein.

Das Frauenwahlrecht in England. Nach einem Savoy-Bericht aus London nahm das Unterhaus mit 271 gegen 25 Stimmen einen Antrag an, der einen Gesetzesvorschlag für die Wählbarkeit der Frauen in das Parlament fordert.

Der finnische Eisenbahnschaffner Jalo, der während der roten Revolution als Verfehrminister die finnischen Staatsbahnen leitete, war von den gegenwärtigen Radikalen zum Tode verurteilt worden. Dagegen erhoben die skandinavischen Arbeiter scharfen Protest. Insbesondere die schwedischen Eisenbahner und Transportarbeiter protestierten. Gütertransporte nach Finnland nicht mehr zu befördern, falls das Urteil vollstreckt würde. Jetzt hat das Obergericht für Staatsverbrechen in Helsingfors das Todesurteil gegen Jalo aufgehoben und ihn zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch dieses Urteil, das wie ein Todesurteil wirken kann, findet hoffentlich bald seine Erledigung.

Das amerikanische Flottenprogramm. Vor der Marinekommission des Repräsentantenhauses erklärte Staatssekretär Daniels, daß im nächsten Jahre für die Kriegs- und Handelsflotte 200 000 Offiziere und Mannschaften nötig sein werden. Die meisten davon würden bestimmt sein. Daran auf den neuen Handelschiffen zu nehmen, die sich nach der Kriegsjahre brauchen.

Japan und der Völkerbund. Der neue japanische Minister des Auswärtigen Baron Uchida, der bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution japanischer Botschafter in Petersburg war, soll nach einer Stockholmer Meldung den Abgeordneten der sibirischen Regierung erklärt haben, daß sowohl Japan wie die Alliierten sofort nach Regelung der Friedensangelegenheit mit gemeinsamen Kräften zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe in Rußland beitragen werden. Die Vergewaltigung des Völkerbundes werden bestraft, und die Ehre Rußlands wird noch gerechtfertigt werden müssen.

Nikolai Nikolajewitsch. Kiew, den 21. Oktober. Die von der russischen offiziellen Telegraphen-Agentur Moskwa verbreitete Nachricht, der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch befinde sich in Wien, ist unrichtig. Der Großfürst lebt im Schloß Dolbez in der Krain und hat seinen Aufenthaltsort nicht verlassen.

Die ukrainische Vergewaltigung der russischen Friedensdelegierten. Moskau, 25. Oktober. (Koska.) Das russische Lebensmittelversorgungsbüro protestiert vor den Arbeitern der ganzen Welt gegen die Gewalttate, die die ukrainische Polizei gegen Mitglieder der russischen Friedensdelegation verübt hat, und gegen die Verhaftung von Mitgliedern des Bureau in Wien. Dieser Bruch des internationalen Rechts hindert die Arbeiten des Bureau, das für die Verpflegung der russischen Bevölkerung zu sorgen hat und das bestrebt ist, einen regelmäßigen Warenverkehr zwischen Rußland und der Ukraine herzustellen.

Auf zur Stichwahl für Heimann!

Am heutigen Tage findet in Berlin I die Stichwahl statt. Für die Sozialdemokratie kandidiert Genosse Hugo Heimann...

Der fortschrittliche Gegenkandidat ist dagegen ein typischer Vertreter großkapitalistischer Interessen. Er vereinigt in seiner Person nicht weniger als 25 Aufsichtsratsstellen industrieller Werke...

In der Hauptwahl erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten beider Richtungen zusammen etwa ebensoviele Stimmen als der Fortschrittler. Bei festem Zusammenhalten aller sozialdemokratischen Wähler kann und muß daher der Sieg erkämpft werden.

Der Einwand, daß Sozialdemokraten und Fortschrittler zusammen in der Reichstagsmehrheit sitzen und daher gleichgültig wäre, wer von beiden gewählt würde, ist nicht stichhaltig. Denn innerhalb der Reichstagsmehrheit bildet die Sozialdemokratie das energischste und am stärksten vorwärts treibende Element.

Arbeiter, laßt euch nicht irreführen von jenen Arbeiterverrättern, die euch veranlassen wollen, durch Stimmhaltung einen Vertreter des ausbeuterischen Kapitalismus in den Reichstag zu bringen.

Wählt Heimann!

Die neue Richtung der fortschrittlichen Sozialpartei erhebt zur Stichwahl einen Anruf, der energisch gegen Herrn Kempner Stellung nimmt. Kempner habe das gleiche Wahlrecht in der Gemeinde obgelehrt...

Groß-Berlin

Der Beifige.

Wißt Ihr, daß ein gewisser Pfempfert den „Vorwärts“ spaltenlang bekämpft? In einer Zeitschrift, dem „Klitschen“, rikiert er manches starke Lächeln.

Wie er die Kunst sucht zu verbildern, sei unterlassen, hier zu schildern. Doch zieht der Mann auf seiner Wiese nicht Blumen nur, auch Wortgemüse.

Um kurz zu sein: wir sind ihm gänzlich zu faul, zu zahm, zu schlapperchwängig. Wir müßten pfempferistisch werden in Ton und Stellung und Gedärden.

Er ist der Typ der Krastaturen, der Anwalt aller Verderburen. Methode: Löwe, Rieh, ich beiß dich! Natürlich meint er es nur geistig.

Er spricht aus einer Gnadenwolke der Weltweisheit zu seinem Volke. Von uns aus soll er weiter wüten — Der Kaufmann braucht Kartoffelkitten.

Pariser.

Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Die heute abend im Lederevereinshaus tagende ordentliche Generalversammlung hat sich mit wichtigen Aufgaben zu beschäftigen. Der hoffentlich bald zu Ende gehende Krieg gibt die Möglichkeit, das Konsumgenossenschaftliche Leben wieder reger zu gestalten...

und trage seinen Teil dazu bei, daß sie würdig und ruhig verläuft und für die kommenden Aufgaben gesunde Grundlagen schafft.

Eine allgemeine Volkszählung

Soß nach Anordnung des Bundesrats am Mittwoch, den 4. Dezember, vorgenommen werden. Die Zählung wird in gleicher Weise wie im vorigen Jahre durchgeführt werden.

Berliner Lebensmittel.

Die Stadt Berlin gibt demnächst fünf Pfund Mohrrüben auf Abschnitt P der Städtischen Bezugskarte, ein Pfund Zwiebeln auf Abschnitt 78 und ein Pfund Äpfel auf Abschnitt 77 der Lebensmittelkarte ab.



War will, daß es zum Frieden kommt, der zeichne Kriegs-anleihe.

Und wer will, daß der Frieden möglichst gut wird, der zeichne erst recht Kriegs-anleihe.

Darum zeichnel

licht auf die geringe Lagerfähigkeit eines großen Teils der Ware wird jedoch mit der Abgabe, die sich auf mehrere Wochen erstrecken wird, schon jetzt begonnen. Da das Obst in verschiedensten Sorten und zu verschiedensten Preisen geliefert wird...

Weiterer Rückgang der Grippe. Von den 1403 Neuerkrankungen, die der Allgemeinen Arztpraxis am Sonnabend gemeldet wurden, fielen 1001 auf Grippe und 402 auf Masernausbrüche.

Mit den Mängeln der Kohlenlieferung beschäftigt sich die Generalversammlung des Verbandes der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin und Umgegend.

Die Konzerte des Philharmonischen Orchesters für Schüler und Schülerinnen der Oberstufe der Gemeindefschulen und der Oberstufe der städtischen Realschulen finden in diesem Wintersemester am 6. November, 4. Dezember, 18. Dezember, 15. Januar, 29. Januar, 26. Februar, 12. März, nachmittags 4 Uhr, im großen Konzertsaal der Philharmonie, Bernburger Str. 22a/23, statt.

Zum Raubmord in Kenia wird mitgeteilt, daß ein Lichtbild des mutmaßlichen Täters, des angeblichen Einrichters Hermann Wirth im Keniaer Polizeipräsidium befristigt werden kann.

Friedrichsfelde. Gemeindevertreter-Ergebniswahl. Die Erziehung für die dritte Abteilung an Stelle des fortgezogenen Gemeindevertreters Samlin, findet Freitag, den 1. November, nachmittags von 3-8 Uhr, im Lokal von Ullrich, Schloßstraße, statt.

Charlottenburg. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Ein empfindlicher Mangel auch an mittleren und größeren Wohnungen hat sich wie anderwärts besonders in Charlottenburg bemerkbar gemacht. Während dort im Oktober 1914 noch 1194, d. h. 2,70 v. H. der vorhandenen Mietwohnungen von 1-2 Zimmern (außer der Küche), neben 997 gleich 4,21 v. H. der Mietwohnungen von 3-4 Zimmern und 881 gleich 6,93 v. H. der Mietwohnungen von 5 und mehr Zimmern leer standen, ist bei der Zählung im Mai 1918 der Stand der Mietwohnungen auf 161 gleich 0,37 v. H. der Kleinen, auf 66 gleich 0,28 v. H. der mittleren und 308 gleich 2,07 v. H. der großen Wohnungen gesunken.

Interessanter wäre es jedenfalls noch gewesen, wenn sich der Charlottenburger Magistrat in der vorliegenden Mitteilung auch darüber ausgesprochen hätte, ob die Stadtverwaltung ebenso wie andere Groß-Berliner Gemeinden neue Kleinwohnungen schaffen will.

Lebensmittel. Vom Freitag, den 1. November ab wird auf Abschnitt 78 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1 Pfund Zwiebeln (32 Pf.) in den Gemüsegeschäften ausgeben, in denen der Karteninhaber die Voranmeldung zur Winterversorgung mit Frischgemüse und Zwiebeln bewirkt hat.

Schöneberg. Erhöhung der Familienunterstützung. Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. September 1918 betreffend „Erhöhung der Unterstützung für die Familien in den Diensten eingetretener Mannschaften“ hat der Magistrat beschlossen, daß die Erhöhung 5 Mark für jede Person und jeden Monat vom 1. November ab betragen soll.

Neußeln. Lebensmittel. Der Verkauf von 150 Gramm Graupen und 150 Gramm Grieß auf die Abschnitte 81 und 83 der Lebensmittelkarte wird fortgesetzt. Die Gültigkeit des Abschnittes 83 der Karte, auf den 1. November, ist nochmals um 14 Tage verlängert worden.

Lichtenberg. Lebensmittel. Außer den üblichen Mengen werden abgeben: Ohne Voranmeldung auf die beiden gleichlautenden Abschnitte 292 G in den durch Anschlag gekennzeichneten Geschäften: 1 Beutel Vanillinzucker (10 Pf.) bei gleichzeitiger Abnahme von 1 Päckchen Backpulver.

Wilmerdorf. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen zur Ausgabe auf Abschnitt 69 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte 100 Gramm Grieß und auf die durch die Protokommis-sionen ausgearbeiteten Besondere Karten für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre 1 Pfund Rinderfleisch (70 Pf.) als Ersatz für ausgefallene Milch.

Pankow. Lebensmittel. Im Laufe dieser Woche gelangen in den bekannten Verkaufsstellen zur Verteilung: Auf die allgemeine Lebensmittelkarte 100 Gramm Nahrungsmittel auf Abschnitt 89 (nach Eingang der Ware).

Briefkasten der Redaktion.

H. M. A. 1. Nr. 2 und 3. Wachen Sie Ihren Anbruch auf Grund des ärztlichen Befehdes beim Kommandeur geltend. Wenn nach Eingabe der Vorlage in den Gemeindefamilien nichts geändert hat, wird Unterstützung verweigert.

Table with 4 columns: Location, Quantity, and other details. Rows include Ballerhand am, Memel, Pregel, Weichsel, Oder, Wartbe, Neße, Elbe, Dresden, Barby, and Wagdeburg.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Zeitweise neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, am Tage etwas wärmer als am Dienstag, in der Nacht zu Mittwoch viel Frost.

Hände.

Von Th. Thomas (Frankfurt a. M.).

Das Schieberfenster, durch das die Gasse der Kriegslinien ihre 60 Pfennig für ein Mittagessen reichen, ist so klein, daß da nur die Hände und ein Stück vom Kermel der sich Vorderdrängenden sehen kann. Alles andere bleibt ein Geheimnis, es sei denn, man will die Stimme noch als ein Teil dessen anerkennen, der seinen Beitrag für die öffentliche Verpflegung durch das runde Loch reicht. Nur Hände, hundert, tausend, viele tausend gleiten hier vorbei wie eine Wallfahrt der Arbeit, zarte und feine, schwarze und weiße, alte und junge. Sie sind so vertraut wie Gesichter, sie reden ihre Sprache wie der Mund und erzählen wortlos viele Geschichten.

Bestimmt genau nach zwölf Uhr kracht die Hand auf, die ankommend an einer Stanzmaschine drei Finger verlor; die noch zwei vorhandenen haben fast die Gelenkigkeit der fehlenden hinzugewonnen; die vergriffenen Papierschneide werden mit überraschender Sicherheit vom Daumen und Zeigefinger registriert.

Gleich hinterdrein schiebt sich eine weisse Frauenhand mit allen Ehrenmalen fleißiger Arbeit, die wohl schon sechzig Jahre gedient hat. Die Finger sind wie Stride, ihre Schwielen reden von hartem Dienst. Nicht eine Sekunde bleiben die aus Arbeiten gewöhnten zehn Goldschmiede ruhig auf dem Zahlbrett liegen, sie sind in fortwährender nervöser Bewegung, streichen hastig und zitternd das Wechselgeld ein, als wollten sie ja nur nicht länger sitzen. . .

Reiche, zarte, aber nicht gepflegte Hände erscheinen in der Öffnung. Die Nägel schwarz eingetriben wie eine Trauerangeige, drei geschmacklose Ringe am Finger. Blasse Flecken verraten das Schweißmaschinenfräulein, ein Fest „Arbei und Liebe“ ihre Bildung. In den unsauberen Händen Schmutzlitteratur, die Stimme ordinär: Durchschmittware, falsche Erzählung. — „Der Nächste, bitte!“

Eine linke Hand schiebt sich am Schalter vor; die rechte liegt irgendwo im Osten oder Westen begraben. Mit Staunen betrachte ich immer wieder, wie dieser Einhandige geübt ist, wie er dem Geldbeutel Scheine entnimmt, Karten ablegt oder Wechselgeld einsteckt. Das alles mit einer Sicherheit, die verblüffend wirkt. Es ist, als ob die ganze Beweglichkeit des verlorenen Gliedes in dieses übergegangen.

Eine große Zahl Frauenhände, die zwei goldene Ringe tragen, entrichten ihren Beitrag; meist sind es Kriegsgewitwen, die ihr Viehes hergegeben haben. Manche ist weiter ihnen, die bessere Tasse fah, aber jetzt zwischen Fabrik und Kriegslinien ihren einsamen Weg geht, deren Hände sich nur schwer an das rauhe Material gewöhnen.

Wo, da kommt mir auch wieder diese schweißige Vorderlinse zu Gesicht, die wie eine eiserne Zange zuschließt. Jeder Finger ist ein Dreifinger, die geballte Faust wie ein Dampfhammer, ein Witz urwüchsiger Kraft. Dabei immer reinlich gehalten, trotzdem dieses Dreifingerwerkzeug schmutzige Arbeit verrichten muß.

Nicht von allen kann man das hohe Lied der Sauberkeit singen; etwache kommen wohl in Ermangelung von Zeit und Neigungsgeliegenheit mit allen Rückständen des Arbeitstisches herbei, oft ist es nicht nur der Niederschlag von einem Tag.

Rain treten einige Duhand Leute an mit gelben, wie mit Saffran gefärbten Fingern. Pulverarbeiter, deren Haut quittengelb ist. Wenn du ihr Gesicht sehen könntest, würdest du finden, daß sie auch dort, wie am ganzen Körper, hart gefärbt sind.

Über dort zarte, feine, weiche Hände liegen jetzt in der Öffnung, stolze Riegel, jeder einzelne wie mit dem Bimal geschmitten, zart die Haut, gepflegt die ganze Manier, in der Hand ein Buch von Raabe. „Besserer Mittelhand“ kommt das Urteil, im Kriege heruntergekommen, der Rot gehordend Kriegsliniengeist. Sie findet Gesellschaft von solchen, die sich früher auch nicht träumen ließen, daß sie sich hier treffen würden. Ist auch weiter nichts dabei; jeder Bürger hat ja Zutritt, viele müssen es zeitweilig tun. Diese Hände empören sich gegen den Blechlüssel, gegen die Dierschüssel, gegen die Nachbarn, kurz gegen alles. Und müssen doch wieder und wieder kommen, weil ihnen selbst die Mittelhandflächen zu teuer sind.

So wechselt die Hände fortwährend, trömmeln nervös auf dem Tisch, wenn es ein wenig dauert, beherrschen breit das ganze Zahlbrett oder breiten triumphierend — du glaubst die Finger lächeln zu sehen — ihre Barschaft aus.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

X.

„Zwei Tage sind wir nun schon hier, und ich kann es immer noch nicht glauben, daß wir wirklich in Lodz wohnen,“ sprach Anka von der Veranda aus.

„Und doch, es ist wirklich Lodz!“ erwiderte der alte Worowiecki, der auf seinem Rollstuhl im Garten unter der Veranda saß und, die Hand gegen die Sonnenstrahlen vorhaltend, nach allen Seiten sich umschaute, nach den roten Fabrikmauern und den in dichten Reihen stehenden Schornsteinen. Auf den Gerüsten von Karls Fabrik, die sich am Ende des Gartens erhob, ließ er seinen Blick länger haften und seufzte leise.

„Ja, es ist Lodz,“ flüsterte Anka und ging in die Bohnung zu dem Chaos der hastig ausgepackten Möbel. Einige Arbeiter, mit Matthias an der Spitze, stellten sie auf.

Sie half beim Einordnen, machte selbst die Vorhänge auf, unterhielt sich manchmal lebhaft mit Matthias, meist aber setzte sie sich ans Fenster und ließ ihre traurigen Blicke durch die Bohnung irren.

Mit einer so seltsamen Trauer erfüllte sie das fremde Haus, die Reichen der frisch renovierten Zimmer, die noch nach Farbe rochen, daß sie schnell auf die große Veranda flüchtete, die sich um das halbe Haus herumzog; beruhigen konnte sie sich aber nicht. Ihre Augen, die an die endlosen Ebenen der grünen Felder und die blauen Wälder in der Ferne gewöhnt waren, an die Winde der riesigen, unbegrenzten Himmelsfläche, stiegen sich hier an den Häusern, den Fabriken, den in der Sonne glänzenden Dächern, an dieser Stadt, die sie wie mit einem steinernen Ring von allen Seiten erdrückte, an diesem Lodz, von dem sie geträumt hatte, es würde ihr die Erfüllung aller ihrer Wünsche bringen, und das sie jetzt mit tiefer, unerklärlicher Trauer, mit bangen und dunklen Ahnungen durchdrang.

Sie kehrte in die Bohnung zurück, als ob sie sich ihrer Schwäche schämte, und unterdrückte nur mit Mühe die seltsamen Tränen einer grenzenlosen Sehnsucht, die ihre Augen füllten.

„Vielleicht brauchst du etwas, Vater?“ fragte sie von Zeit zu Zeit, sich aus dem Fenster beugend.

Daneben die, die sich vor sich selbst zurückziehen, kaum den Tisch zu berühren wagen. Dann die zitternden Hände des Greises, die wie zerkrümeltes Seidenpapier wackeln oder andere mit Krankheiten behaftete. Kurz: der Menschheit ganzer Jammer wandelt als lebendiges, bedrücktes Wesen hier vorbei. Du kümmerst dich ausbilden, die Schicksale der Zeitgenossen, ohne ihnen ins Gesicht oder auf das, was ihnen aus den Kermeln herausstrahlt, zu sehen, einfach von den Händen abzulesen.

Ich kannte einen alten Verwalter, der viel mit zweifelhaften Personen zu tun hatte, die man unter ohne Ausweispaßiere eingekauft wurden. Der ließ sich nur die Hände zeigen und füllte dann noch sein Urteil, ob er es mit einem Arbeitsscheu zu tun hatte, oder mit einem, der der Arbeit nicht aus dem Wege ging. Er hat sich dadurch nicht selten die beste Auskunft verschafft.

Am Kriegslinienhalter kann man die gleichen Studien machen. Es wäre überhaupt besser, wenn man den Leuten mehr auf die Finger wie ins Gesicht sieht; die Augen können täuschen, der Mund kann lügen, die Hand indessen spricht eine Sprache, davon läßt sich kein Jota rauben.“

Schutzmaßnahmen gegen die Grippe.

Der Erreger der Grippe befindet sich in den Atmungsorganen (also Nase, Mund, Rachen, Luftröhre, von Kranken und von gesunden Vozillenträgern. Außerhalb des menschlichen Körpers geht er wahrscheinlich sehr rasch zu Grunde. Er wird in der Regel nicht durch Verührung von Kranken und von deren Gebrauchsgegenständen übertragen, sondern nahezu ausschließlich durch Einatmung. Jeder Mensch verstreut nämlich selbst beim gewöhnlichen Sprechen einen ganzen Nebel von feinsten Speicheltröpfchen, die sich längere Zeit schwebend in der Luft halten. Mit diesen Tröpfchen zusammen werden Bakterien aus dem Munde verhaucht. In höherem Maße ist dies natürlich beim Husten und Niesen der Fall. Unter den Mundbakterien, die von Kranken und Vozillenträgern verhaucht werden, befinden sich auch die Erreger der Grippe. Durch Einatmung werden diese Erreger auf gesunde übertragen. Je dichter am Munde eines Sprechenden, desto zahlreicher sind auch die wie Geschosse herausgeschleuderten Speicheltröpfchen, die den Bakterien als Fahrzeuge dienen; dort ist also auch die Ansteckungsgefahr am größten.

Daraus ergeben sich folgende Ratschläge für Kranke und Gesunde: Beim Husten und Niesen halte dir ein Taschentuch vor den Mund. Beim Sprechen bleibe wenigstens einen halben Meter von deinem Gegenüber entfernt und dulde auch nicht, daß jemand beim Sprechen näher an dich heranrückt. In der Elektrischen oder auf der Plattform, im Theater usw. unterhalte dich überhaupt nicht; lasse dich kurze Besprechungen im engen Raum nicht vermeiden, dann sprich nicht in deinen Nebenmann hinein, sondern an ihn vorbei und wenn er sich beim Sprechen beharrlich die Zunge, dann wende das Gesicht ab. Wenn Ansammlungen vieler Personen polizeilich verboten sind, dann liegen solche Maßnahmen im Rahmen des Gefögten. Besonders Gefahr entsteht, wenn viele Personen in demselben Raume lange Zeit zusammen bleiben oder gar schlafen müssen, wie in Schulen oder Kasernen. Beim Herfahren einer so weit verbreiteten Krankheit, wie es zurzeit die Grippe ist, kann der Unterricht in Schulklassen nur dann aufrecht erhalten werden, wenn es möglich ist, die Schüler mindestens 1 Meter weit auseinander zu legen. Es kommt dabei gar nicht darauf an, ob in der Klasse viele Schüler wegen Krankheit fehlen, weil der Verdacht besteht, daß gerade unter den Kindern zahlreiche leichte Fälle von Erkrankungen vorkommen. Dann muß damit gerechnet werden, daß unter den Kindern besonders viel Vozillenträger sind, die die Krankheits-erreger verschleppen.

Bei der großen Zahl der Erkrankten und bei dem in der weit- aus überwiegenden Mehrzahl der Fälle leichten Verlauf der Krankheit ist es nicht möglich, alle Kranken ins Krankenhaus zu bringen. Deshalb ist zu beachten, daß Personen mit leichter Grippe fast in demselben Maße ansteckend sind, wie der Schwere Kranke mit Lungenentzündung. Da der Kranke mit Lungenentzündung aber häufiger hustet, auch die Teilnahme seiner Angehörigen und Freunde eher heraufordert, sei ausdrücklich betont, daß ins Krankenzimmer nur gehet, wer mit der Pflege zu tun hat. Krankenbesuche sind zu verbieten. Dem Kranken selbst ist im Interesse seiner Heilung wie in dem seiner Umgebung das Sprechen zu verbieten. Wenn der Kranke zu schwach ist, um jedesmal beim Husten ein Taschentuch vor den Mund zu halten, wird empfohlen, ihm in Mundhöhe quer über

„Nein, Anka, nichts, wir sind ja doch schon in Lodz, und in einer Stunde kommt Karl zum Mittagessen.“ erwiderte der alte Worowiecki laut, fast schreiend. Sie sollte nicht wissen, daß auch er wehmützig gestimmt war.

Er versank in dem Anblick der schmutzigen Rauchschwaden, die aus der Müllerischen Fabrik aufstiegen.

Die Luft war mit dem Geruch von gelöstem Kalk und siedendem Asphalt durchsättigt, mit dem die Säle in Karls Fabrik gepflastert wurden. Ein Hustenanfall erschütterte ihn, er führte ein Taschentuch an den Mund und starrte auf den langen Steg, der durch den kleinen Garten zur Fabrik führte und von wunderbaren Zentifollen umrahmt und mit roten und weißen Rosenblüten überschattet war.

„Kommt Karl noch nicht?“ fragte Anka aus der Bohnung.

„Nein, erst in einer halben Stunde werden die Pfelzen zu Mittag rufen. Anka! Komm mal her, Mädel!“

Sie kam zu ihm und setzte sich auf die Lehne seines Rollstuhls.

„Was hast du, Anka? Was ist dir? Mut, Mädel, nur nicht sich gehen lassen. Da, schau her, das will ein tapferes Mädel sein! . . . So, so! Du wirst es noch vergessen, daß irgendwo in der Welt ein Ruromo existiert. Sorge dich nicht, Kopf hoch, marsch!“ Er sprach hastig, küßte sie, streichelte ihr den Kopf und begann rasend zu pfeifen und mit dem Fuß den Takt zu schlagen.

Dann ließ er sich von Matthias in die Bohnung fahren, wies die Arbeiter an, schrie und summte laut vor sich hin und gab sich alle Mühe, daß Anka es hörte.

Später neigte er Rama, die mit Frau Wysocka zu Besuch gekommen war und bei der Einrichtung der Bohnung behilflich sein wollte, indessen aber nur Verwirrung stifete. Sie koppelte nämlich die alten Hof- und Jagdhunde aus Ruromo, die in der Bohnung und im Garten mit herabhängenden Köpfen herumstreichelten, zusammen und tummelte sich mit ihnen auf der Veranda.

„Ein tapferes Mädel, diese Rama. Komm mal her, Schlingel, zu mir, laß dich umarmen,“ rief der alte Worowiecki, freudig lachend, küßte sie auf die Stirn und schob ihr das flatternde, feuchte Haar aus dem Gesicht.

„Oha! Herr Karl kommt Moritz,“ rief sie lustig. „Fräulein Anka! Herr Karl kommt mit dem schwarzen Moritz zum Essen.“ Sie ließ ihnen entgegen, die Hunde folgten ihr und bellten nach alter Gewohnheit die Gäste an.

Das Mittagessen wurde auf der Veranda gereicht.

das Bett einen Rundtuch zu spannen, an dem die Speicheltröpfchen mit ihren Bakterien hängen bleiben und anhaften. Zum Saugen der Umgebung ist es unzulässig, das Tuch etwa mit einer Desinfektionslösung zu tränken.

Kunstzustände in Petersburg.

Benutzende Gerichte über die Kunstzustände in Petersburg, die vielfach verbreitet waren, werden durch einen Petersburger Brief von Eduard Blegisch an die Zeitschrift „Kunstchronik“ zerstreut. Danach geben selbst die erbittertesten Gegner der Revolution zu, daß Kerenski, Lenin und Trotski für die Kunstwerke in Petersburg geforgt haben. Aus der berühmten Eremitage ist nicht ein einziges Stück abhanden gekommen. Als man eine Beschädigung Petersburg befürchtete, wurden die Hauptwerke nach Moskau übergeführt, und weniger kostbare Stücke sieben verpackt in Petersburg. Die Eremitage soll übrigens demnächst wieder dem allgemeinen Besuche zugänglich gemacht werden. Die großen Privatmuseen Stroganoff, Schuwaloff, Herzog von Oldenburg usw. wurden verstaatlicht. Privathäuser, die wohl keine Galerie aber wertvolle Bilder, Skulpturen und Kunstgewerbe enthalten, wurden überläßt gelassen und als Museen eröffnet. Redlich verfuhr man mit den Zarenbildern; Gatschina mit seinen vielen alten Gemälden wurde zu einem Museum gemacht. Das kunsthistorische Institut, das Graf Valentin Sudeff in seinem Palais am Inakplatz unterhielt, wurde verstaatlicht. Der Aufbewahrungsort der berühmten Membrandbilder des päpstlichen Zulepp ist gegenwärtig unbekannt. Für Kunstwerke werden derzeit in Petersburg übertriebene Preise gezahlt. Diese enormen Preise und das Ausfuhrverbot verhindern es, daß wichtige Kunstwerke in größeren Mengen nach dem Auslande kommen. Das Stadtbild Petersburgs hat keinen nennenswerten Schaden erlitten. Die Fassade der deutschen Volkshaus von Peters Behrens, deren Inneres am Anfang des Krieges demoliert wurde, ist unberührt. Nur die beiden Kosselener, die dem Gesamtindruck des Gebäudes ohnedie nicht förderlich waren, sind herabgestürzt worden. Die Leistungen der jetzigen Regierung für das Stadtbild erfordern sich vorläufig auf die Errichtung einiger Denkmäler für Revolutionshelden.

Gemüse aus Roten Beeten.

Dieses Gemüse, auch rote Röhre und rote Möbe genannt, wird im größten Teil Deutschlands meist nur in Form von Salat oder Kompot gegessen. In den östlichen preussischen Provinzen allerdings ist aus die „rote Beeten-Suppe“ von jeher ein beliebter, in Ost- und Westpreußen und Posen ist sie geradezu eine Art Nationalgericht. Ganz besonders wohlkühlend und nahrhaft aber ist Gemüse von Roten Beeten. Der Krieg nötigt uns, unseren Drankismus noch immer mehr auf pflanzliche Nahrung einzustellen, als es bereits geschehen ist. Aber die pflanzliche Ernährungswelt verlangt auch viel Abwechslung. Jedes neue nahrhafte Gemüsegericht ist dazu willkommen. Hier das Rezept für Gemüse von Roten Beeten: Gewaschen, weich geschält, abgekühlt und fein geschnitten oder noch besser fein gehobelt werden sie mit wenig Wasser, das den Boden des Kochgefäßes etwa 3 Zentimeter bedeckt, zum Aufwallen gebracht. Dann verbrüht man sie mit etwas vorher angerührtem Mehl oder Kartoffelmehl, oder mit 2-3 fein geriebenen roten Kartoffeln und schmeckt das Gericht süß-sauer ab. Ein Zusatz von Pfeffer und Verwendung von Selleri oder andern Gewürzen, und Zucker erhöht den Wohlgeschmack. So zubereitet geben die Roten Beeten ein vorzügliches und auch jetzt unter Verhältnissen des Mangels an Fett und Fleisch leicht herstellbares, nahrhaftes Gemüse, das sich als Hauptmahlzeit eignet.

Die Ernte an Roten Möben ist in diesem Jahre außerordentlich reich ausgefallen. Während früher Rotfobl nur bis Weihnachten zu haben ist, kann die Hausfrau mit frischen Roten Beeten den ganzen Winter hindurch und bis in das späte Frühjahr hinein Essen bereiten.

Notizen.

— Musikchronik. Die Gesellschaft der Orgelmusikreunde veranstaltet am Freitag, 7./10. Uhr, in der Singakademie ihr 2. ordentliches Konzert: Erläuterungen von Gänbel, Bach, Rheinberger und Fährmann.

— Professor Nikolai — russischer Bürger. Der Professor der Biologie Georg Nikolai, der infolge seiner feindseligen Haltung in Deutschland Verfolgungen ausgesetzt war und dann nach Danemark flüchtete, ist auf seinen Wunsch in den Verband der Sowjetrepublik aufgenommen worden.

Moritz war heute sehr blaß, sonderbar nervös und sonderbar unruhig. Er gab sich alle Mühe, gesprächig und unterhaltend zu sein, neckte Rama, die sich schließlich nicht beherrschen konnte und ihm mit gewohntem Ungeflüm ein Glas Wasser ins Gesicht schüttete, wofür sie von Frau Wysocka so ausgescholten wurde, daß sie unter Tränen um Verzeihung bat, heftig ertödete, den Hundem pfiff und in den Garten lief.

„Ein Prachtmädel! Schade, daß sie hier in Lodz so verkommen muß“, bemerkte der alte Worowiecki.

Die Mahlzeit wurde rasch beendet; auch den Kaffee tranken sie rasch aus und kehrten in die Fabrik zurück, weil die Aehlen der Pfeifen von allen Seiten ihren gewohnten Nachmittagsruf anstimmten.

Als sie fort waren und der alte Worowiecki sich zum Nachmittagschlaf in den Schatten fahren ließ, setzte sich Frau Wysocka zu Anka und begann freudig erregt zu erzählen:

„Ich muß dir sagen, daß ich mich wegen Mieschel schon ganz beruhigt habe. Zwei Tage war er nicht zu Hause, er war in Warschau, gestern abend kam er zurück und sagte mir beim Mittagessen, ich könnte ruhig sein, er werde diese . . . Grünspan nicht heiraten, sie hätte ihn nicht haben wollen. . . Hörst du, Anka! Eine Grünspan will einen Wysocki nicht heiraten, meinen Sohn! Diese jüdische Unverschämtheit übersteigt alle Begriffe! So eine Krämerstöchter. . . Meinen Sohn wollte sie nicht heiraten. . . Es ist ja gut so, eine Messe hab' ich aus lauter Freude essen lassen, aber dennoch kann ich ihr das nicht verzeihen. . . Wie hat sie es wagen können, den Antrag meines Sohnes abzulehnen. . . Eine einfache Jüdin! . . . Er hat mir ihren Brief gezeigt, in dem sie in der unverschämtesten Weise sagt, daß sie ihn liebt, ihn aber nicht heiraten kann, weil ihre Familie den Hebertritt zum Katholizismus nie zulassen würde. Sie verabschiedet sich von ihm so zärtlich, daß ich herzlich geweint hätte, hätte ich nicht gewußt, daß eine Jüdin den Brief schrieb, und daß es sich um meinen Sohn handelt. Dies mal den Brief, Anka, erzähl' aber niemandem davon.“

Anka las lange. Der mit kleiner Handschrift geschriebene, vier Seiten lange Brief war so von Tränen erfüllt, von Liebe, Leid und Aufopferung, daß sie ihn nicht zu Ende lesen konnte und über Melas Schmerz zu weinen begann.

Sie stüßte ja vor Schmerz. . . Herr Mieschel sollte auf nichts achten, wenn er sie wirklich liebt. . .

(Fort. folgt.)

Die Erklärung der Elsäßer.

Der wandelbare Herr Ricklin.

Es stellt sich jetzt heraus, daß der Abgeordnete Dr. Ricklin zu seiner im Reichstag namens der Elsäßer-Vertreter abgegebenen Erklärung nur sehr mangelhaft autorisiert war. Ursprünglich war eine Erklärung vereinbart, deren Wortlaut jetzt von dem Staatssekretär und Reichstagsabgeordneten Hauß veröffentlicht wird. Diese Erklärung besagt zunächst, daß die Bevölkerung von Elsäßer-Lothringen bisher unter dem Belagerungszustand nicht habe an den Erörterungen über die elsäßer-Lothringische Frage teilnehmen können. Weiter stimmt die Erklärung den 14 Punkten Wilsons zu. Dann heißt es:

Durch das Reichensprogramm des Präsidenten Wilson ist die Frage der Annexion von 1871 wieder zur Diskussion gestellt. Die Völker und in erster Linie die Bevölkerung Elsäßer-Lothringens haben dazu Stellung zu nehmen. Ein Mandat zu einem votum hierüber haben wir aus Stunde nicht. Wir glauben aber erklären zu können, daß die Bevölkerung Elsäßer-Lothringens das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkennen, auf welches sich die internationale Welt geeinigt hat, und daß sie in der Anwendung des Grundgesetzes auf die Regelung ihrer eigenen staatlichen Zukunft eine nationale Entscheidung erheben. Sie nimmt an, daß dieses Recht von keiner Seite mehr bestritten und daß von keiner Seite für die definitive Neuordnung der Dinge eine Lösung der elsäßer-Lothringischen Frage angestrebt wird außerhalb eines Rechtsgrundgesetzes. Elsäßer-Lothringen ist zweifellos früher ohne und gegen den Willen seiner Bevölkerung durch staatliche Gewalt annerkennung unterworfen worden. Es fehlt Elsäßer-Lothringern die ständige historische Zugehörigkeit zu einem der angrenzenden Staatengebilde, keine wechselseitige Vergewöhnung, keine sprachliche und politische Einheit, die selbständige Bestimmung seiner Bewohner lassen es nicht von Natur und Geschichte als zu einem integrierenden Bestandteil eines Staatswesens geworden erscheinen. Es kann darum nur ein Verzicht die irdische von niemand weiter zu beanspruchende staatliche Existenz Elsäßer-Lothringens fest begründen und damit einen Grundstein legen zum Bau des Völkervertrages.

Soll Elsäßer-Lothringen ausüben der Bankapfel zweier großer Nationen zu sein, soll es aufhören, eine händliche Beherrschung des Weltfriedens zu bilden und auch im Frieden als nichts anderes zu gelten, als ein Glacis gegen den Feind, dann darf nicht Kriegswelt und Sieg allein über sein Schicksal entscheiden. Die Bevölkerung, der von Gottes Gnade und von Rechts wegen ein Land gehört, das sie bewohnt, soll darüber entscheiden, wie sie ihre staatliche Zukunft gestalten will, und ihre Entscheidung soll unantastbares Recht haben.

Nach einer von dem Genossen Wöhle, dem Reichstagsabgeordneten für Straßburg, veröffentlichten Darstellung hat Ricklin, die Abwesenheit des Abg. Hauß ausnützend, auf die ihm nachstehenden Abgeordneten eingewirkt und die erst beschlossene Erklärung und eine zweite allgemeine Besprechung unmöglich gemacht. Die Erklärung wurde gegeben für die Abgeordneten Haegy, Beverne, Ricklin, Dr. Schatz und Thumann. Wenige Tage vorher hatte Ricklin Reichstagsabgeordneten gegenüber ein echtes Bekenntnis abgegeben und „Französlinge“ bei der Regierung denunziert.

Liebnecht und die Unabhängigen.

Grundständige Klarheit.

Karl Liebnecht, der von den Sozialdemokraten aus dem Reichstag geschloffen worden ist, ist am Sonntag von den Unabhängigen stürmisch gefeiert worden, er selbst lehnte diese persönlichen Auszeichnungen ab, indem er seinerseits die Revolution und die Tat hochleben ließ. In dieses Hoch stimmten die Unabhängigen mit ein, obwohl noch nicht ganz ausgemacht ist, ob sie die Revolution in demselben Sinne meinen wie er, und das ist es doch, worauf es heute am meisten ankommt. Liebnecht steht auf dem Standpunkt der Volksewigkeit, oder schenkt wenigstens auf ihm zu stehen, während die Volksewigkeit von den Unabhängigen sagen, daß sie Sozialverräter und feige Lakaien seien.

Man muß bei diesem Spiel Liebnecht—Unabhängige fragen: Wer bedient sich wessen? Wer ist der Reiter und wer ist das Pferd? Die Unabhängigen wollen die Rückkraft des Namens Liebnecht für sich ausnützen, und Liebnecht will die Versammlungen der Unabhängigen benutzen, um für seine Ideen zu wirken, die nicht die Ideen der Unabhängigen sind.

Gerade in diesem Punkt tut aber vollste Klarheit not, und deswegen hätten wir gewünscht, daß Liebnecht sein Programm etwas deutlicher entwickelt hätte. Wir hoffen, daß einer solchen Erklärung heute keinerlei Hindernisse mehr entgegenstehen und daß für den, der sie abgibt, keine persönlichen Gefahren bestehen. Redenfalls läge es im politischen Interesse, die Freiheit der Diskussion von allen paragraphierten Anfechtungen zu befreien.

Unter Revolution kann man verschiedenes verstehen, und wir würden sehr gerne wissen, ob Liebnecht und seine Anhänger darunter etwa die sozialdemokratische Revolution verstehen. Das würde bedeuten, daß zehn bewaffnete Männer oder mehr den Reichstag für geschlossen und an seiner Stelle Arbeiterausschüsse für die einzige politische Gewalt in Deutschland erklären. Wir möchten gerne wissen, wie sich die Unabhängigen zu einem solchen Programm stellen und ob sie in diesem Fall mit Kautsky stehen, der es entschieden ablehnt, oder mit Liebnecht, der es vielleicht — wir wissen es nicht genau — annimmt.

Wir wünschen, um es noch einmal zu sagen, daß die Diskussion in vollster Freiheit geführt wird, damit sich niemand vorkommen lassen und sagen kann: „Ihr wisst schon, wie ich es meine, oder ihr wisst auch, warum ich es nicht ausspreche.“ Das Mißtrauen ist heute sowieso nicht besonders groß, denn erkannt wird hoffentlich keiner dafür einsetzt werden, weil er keine Meinung hat, und zweitens würden wir Sozialdemokraten ihn bestimmt wieder herausschleusen. Also mißtrauen Sie nicht und sagen, wie es steht. Jede Unklarheit in so lebenswichtigen Fragen ist eine Unheilbarkeit. Der Unheilbarkeit mögen sich die Unabhängigen schuldig machen, wenn sie Liebnecht Reichsbrand streuen, ohne seine Aufforderungen zu teilen, ohne seinen Spuren zu folgen. Der Personenkult, der mit Liebnecht getrieben wird, würde auf solche Weise geradezu zum widrigen Götzendienst werden, die Priester würden das Volk zu einem Gott beten lassen, an den sie selber nicht glauben.

Für einen besonders klaren Kopf, für einen berufenen politischen Führer haben wir Liebnecht nie gehalten.

Sozialisten sind wir wie er, aber auch Demokraten und Gegner jeglicher Gewalt Herrschaft, mag sie von wem immer ausgeübt werden.

So! Und nun mögen die Unabhängigen sagen, wie sie zu Liebnecht stehen!

„Das Berede vom Verteidigungskrieg“.

Kriegspolitik des Generals Reim.

Mit einer Schreibwut ohnegleichen stürzt sich der von Eduard Bernstein im Reichstag eben erst abgefertigte General Reim auf die alldeutsche Presse, als könnte der militärische Zusammenbruch durch einen Artikelregen verhindert werden. Ueberall „feimt“ es, aber es sind nur alldeutsche Johannistriebe, die sich emporreden. Herr Reim will die Mitwelt überzeugen, daß die Schuld an der jetzigen Lage Deutschlands nur daher rühre, daß sich Deutschland immer noch nicht genug vom Militarismus reiniger Führung und seiner „Zimmerfestdruff“-Politik habe leiten lassen. So mag er in der „Täglichen Rundschau“ unter der Ueberschrift „Kriegspolitik“ folgende Sätze:

„Deshalb ist dieses ewige Berede von Verteidigungskrieg stets ein Zeichen falscher Auffassung vom Wesen des Krieges, vom Geiste des Krieges gewesen! Es hat und unendlich viel geschadet, weil es eine innerliche Unwahrheit enthält, weil es jeder gesunde Arienspolitiker ins Gesicht schlägt und weil es schließlich gerade ein politisches Schlagwort bei uns geworden ist, das mit der Zeit den kriegerischen Geist des Volkes und damit auch des Beeres lähmen mußte.“

In der „Deutschen Zeitung“ empfiehlt Herr Reim noch wie vor die „politischen Generale“ als die geeigneten Volkführer:

„Die politischen Kreise der Reichstagsmehrheit tragen die Hauptschuld daran, daß durch Zurückweichen oder zu frühe Verwirklichung der Gedanken jener „politischen Generale“ unsere Wehrmacht nicht die Höhe und Vollkommenheit erreicht hat, die sie hätte erreichen können und müssen. Daß die Regierung daran mitschuldig ist, steht sicher fest, aber sie handelt leider eben mit unter dem Druck jener Kreise. Ich gehe sogar noch weiter und bin bereit, die Behauptung unter Beweis zu stellen, daß, wenn man auf jene jetzt allzu angefeindeten politischen Generale gehört hätte, der Krieg menschlichen Ermessens nach schon im Jahre 1914 zu Ende gewesen wäre.“

Die Gedankengänge des Generals Reim sind ganz die jener bekannten Spieltheorien, die, wenn sie Hab und Gut verspielt haben, sich immer noch nicht überzeugen lassen, daß das Spiel an ihrem Bankerott schuld ist, sondern immer nur den Umstand verantwortlich machen, daß sie nicht noch höher und noch tollkühner gespielt haben. Jeder vernünftige Mensch weiß natürlich, daß eine Steigerung unserer Rüstungen vor dem Krieg nach den Reimschen Grundrissen automatisch eine mindestens ebenso hohe Steigerung der Rüstungen bei unseren Nachbarvölkern auslöste, und also keinen Schritt weiter gebracht hätte. Nein, Herr General, es galt nicht höher zu rüsten, sondern eine von Grund auf andere Politik zu treiben!

Die Stichwahl in Berlin I.

Am Vorabend.

Gestern Abend veranstaltete die Sozialdemokratische Partei in den „Rusiker-Festhallen“ noch eine letzte Wählerversammlung.

Reichstagsabg. Genosse Wolfgang Heine zeigte in seinem Vortrag, warum es nötig ist, daß die Wähler einem Sozialdemokraten, unserem Genossen Hugo Heimann, ihre Stimme geben. Auf Heimann wies er hin als den Mann, der seit einer langen Reihe von Jahren mutig und treu der Sache des arbeitenden Volkes dient. Er schilderte die nach diesem Kriege kommende Lage des Volkes mit ihren schwierigen Aufgaben, zu deren Lösung nur die Sozialdemokratie befähigt ist, weil die künstliche Wirtschaft mindestens stark sozialistisch sein muß. Die Beschaffung der Rohstoffe, die Unterbringung der Arbeitslosen, die Umkehrung der Bodenrente, die Umgestaltung der Volkswirtschaft, die Versorgung der Kriegswitwen, der Kriegswaisen und Kriegerverwundeten — das alles erfordert sozialistische Maßregeln. Nur wer sozialdemokratisch denkt und sozialdemokratische Grundzüge anwenden will, ist berufen, solche Aufgaben zu lösen. Widerspruch leisten müssen wir dem Verlangen nach schleunigster Aufhebung der Zwangswirtschaft, gegen die zusammen mit den Junkern die Pressenämner während Sturm laufen. Auch zu der politischen Neuordnung, die erst im Anfang steht, brauchen wir im Reichstag eine starke Sozialdemokratie. Wir wollen ein neues Deutschland erleben lassen, ein demokratisches, ein sozialistisches. Dazu bedarf es Männer, denen das Volk vertraut. Darum geben Sie, Schloß Heine unter dem lebhaften Beifall der Versammlung, Ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie: Hugo Heimann.

Zu einer Ansprache ergriff dann Genosse Heimann das Wort. Er handelte sich, führte er aus, bei dieser Wahl um die Bedeutung, ob die Mehrheit der Wähler einverstanden ist mit der Haltung der Sozialdemokratie, die bei der sich vollziehenden Umwälzung die treibende Kraft ist. Die Sozialdemokratie war es, die den Stein der Demokratisierung ins Rollen brachte und den Sturz der Junkerherrschaft herbeiführte. Heimann wies darauf hin, daß in der Wahlkämpfe die Unabhängigen ihren Kampf nicht gegen den Feind, sondern nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet haben. Auf den Appell an die Einsicht aller sozialistischen denkenden Wähler, mit dem Heimann schloß, antwortete die Versammlung mit stürmischem Beifall.

In der Diskussion wurde die Sinnlosigkeit des Verhaltens der Unabhängigen noch näher beleuchtet. Mit der Mahnung zur pflichttreuen Wahlhilfe am heutigen Stichwahltag schloß Genosse Ernst die sehr stark besuchte Versammlung.

Abteilung III gegen Flaumacherei.

„Mit Hindenburg gegen die Flaumacherei!“ so ist das neueste Flugblatt des Bundes der Kaiserreichen überhoben. Diesmal handelt es sich nicht um eine Fälschung der Entente, dafür bürgt der Preis des Flugblattes — es kostet 10 Pf. —, denn die Entente wäre vernagelt, wenn sie durch einen solchen Preis der Verbreitung des Flugblattes Schranken setzen würde. Der Text zerfällt in 7 Punkte und am Schluß des Flugblattes erfährt man, daß der Bund der Kaiserreichen eine „Abteilung III gegen Flaumacherei“ gegründet hat. Dieser soll jeder beitreten, „ohne daß er sonst irgendwie mit den Bestrebungen des Bundes einverstanden zu sein braucht“. Sogar „einsichtige Sozialdemokraten“ werden zum Eintritt in Abteilung III aufgefordert. — Punkt 7 des Flugblattes lautet:

„Wer feig und niederträchtig, vielleicht bestochen durch amerikanisches Gold, elendes Zeug erfindet, um Deutschland im Innern zu schwächen, der ist ein Schurke, nicht wert, sich Deutscher zu nennen.“

Koch besser ist Punkt 5. Da erfahren wir folgendes: Deutschland, von unseren Feinden so oft mit bewußtlosem Mißbrauch als „Gefährdeter“ bezeichnet, ist weit freier als sie. Der Parlamentarismus ist niedergebrosen in Frankreich wie in Italien, in Amerika wie in England, seinem Vaterlande. . . Aus diesen Ländern der Sklaverei soll und die Freiheit kommen? Welche Freiheit!

Die letzten Worte haben die Verfasser wohl gesagt, um ihr eigenes Geschicksel zu charakterisieren. Mit dem „zusammengebrochenen Parlamentarismus“ scheint es doch nicht ganz zu stimmen. Wir wollen uns den Beirrit doch noch etwas überlegen.

Konservative Einkehr?

In der Oktobernummer der „Zeitschrift des deutschen Landwirtschaftsvereins“ an dessen Spitze bekanntlich der konservative Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Graf v. Schwerin-Löwis steht, lesen wir unter der Ueberschrift: „In der Stammbuch“ folgenden wörtlichen Auszug aus dem Buche „Die schweizerische Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung“ von Dr. E. Lutz:

Die Schweiz wird nach dem Mehrheitsprinzip regiert. Die Stimme des geist- und kernreichsten Volkswirtschaftlers wiegt in der Urne nicht mehr als die des einfachen und ungeschulten Mannes, dem vielleicht alles Verhängnis und alles Jähworte für öffentliche Fragen fehlen. Die Demokratie gibt aber nicht nur Rechte, sie bringt auch Pflichten. Wir verlangen, daß sich jeder den vom Volke ausgehenden Gesetzen fügt. Wir bekämpfen jede Partei, welche an Stelle des mit geschickten Mitteln ausgeprägten Volkswillens Drohung und Gewalt setzen will. Revolutionen sind da begründet, wo eine kleine Minderheit die Mehrheit regiert und das Volk alles Mißschickens annehmen muß, was die Behörden zu verfügen als gut erachten. In der Republik und Demokratie hat es für Revolutionen keinen Raum.

Im Innern, diese Befehle der Herren, die bisher in dem Staatsgebilde, wo eine kleine Minderheit die Mehrheit regiert und das Volk alles Mißschickens annehmen muß, was die Behörden zu verfügen als gut erachten, das Ideal eines Staatswesens erblühen, wirkt geradezu beängstigend. Immerhin, wenn die Herren vom deutschen Landwirtschaftsamt mit Dr. E. Lutz, dem Sekretär des schweizerischen Bauernvereins, darin übereinstimmen, daß nur in der Republik und Demokratie kein Raum für Revolutionen ist, und wenn sie einwillig sind, aus dieser erfreulichen Erkenntnis die richtige Anwendung für ihre politische Betätigung zu ziehen, dann könnten wir mit ihnen ein gut Stück Wegs zusammenschließen. Also, auf Werk!

Schon wieder eine Versammlungsaufsicht.

Der Berliner Polizei fällt das Vernehmen lauer. Gestern wurde wieder eine Wählerversammlung aufgelöst. Sie von der Neuen Richtung der Fortschrittlichen Volkspartei in den „Germinalhallen“, Chausseestraße, einberufen und von circa 600 Personen besucht war. Der Referent Dr. Breslin trat für die Kandidatur Heimanns im 1. Wahlkreis ein. In der Diskussion sprach a. a. ein Unabhängiger. Als dieser erklärte, er wolle lieber bei einem französischen Arbeitgeber arbeiten, der ihn gut behandle, als bei einem deutschen, der ihn schlecht behandle, erklärte der Überwachende die Versammlung für aufgelöst.

Die Versammelten begaben sich jedoch nach einem anderen Lokal, für das sie schon im voraus eine zweite Versammlung angemeldet hatten, und führten hier die Diskussion zu Ende.

Beschwerden in Zensur- und Versammlungsangelegenheiten. Dasbaldig wird mitgeteilt: Trotz des kürzlich erfolgten, im allgemeinen Interesse liegenden, amtlichen Hinweises werden immer noch Eingaben und Beschwerden in Zensur- und Versammlungsangelegenheiten auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand unmittelbar an den Reichsanwalt, dessen Stellvertreter oder das Reichsamt des Innern gerichtet. Nach der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1332) sind solche Beschwerden aber bei den zuständigen Militärbehörden (belle. Generalkommando bzw. in Berlin Oberkommando) einzulegen. Diese leiten sie an den Obermilitärbehörden (Kriegsministerium) weiter, der nach der kaiserlichen Verordnung vom 16. Oktober 1918 zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand im Einverständnis mit dem Reichsanwalt Entscheidung trifft. Es wird daher erneut dringend empfohlen, alle Beschwerden auf Grund des Kriegszustandes an den zuständigen Militärbehörden einzulegen, da andernfalls nur unnötige Verzögerungen in der Erledigung entstehen.

Die Versicherung macht alles! Verschiedenen Personen ging dieser Tage ein Artikel der Stuttgarter-Verliner Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu, das die lodende Ueberschrift trägt: „Auf zur Feuerversicherung!“ In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft „im Hinblick auf die gegenwärtigen und möglichen künftigen Zustände“ eine Versicherung neu eingeführt hat, die gegen „Schäden durch öffentliche Unruhen und deren Unterdrückung“ Schutz gewährt.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein, Ich habe den Versöhnungsschein.

Parteinachrichten.

Der kommende schweizerische Parteitag.

Der am 30. November und 1. Dezember in Zürich stattfindende, soll sich fast mehr mit internationalen, als mit nationalen Fragen beschäftigen. Neben den laufenden Parteifragen, die Entgegennahme des Jahresberichts, des Berichtes der parlamentarischen Gruppe, des Berichtes der Zimmerwalder Delegation, kommt zur Verhandlung die Stellungnahme zur neuen von der Bundesversammlung beschlossenen Kriegsteuer, der Einleitung einer Initiative für das Frauenstimmrecht und der Beschlußfassung über die sofortige Erledigung des Nichtkundentages für die gesamte schweizerische Arbeiterchaft in Gemeinschaft mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbunde. Das wichtigste Geschäft wird aber die Erörterung folgenden Punktes sein: „Die Konsequenzen, die sich aus der heutigen internationalen Lage für die schweizerische Arbeiterchaft ergeben. Dazu wird in erster Linie der Bericht der Zimmerwalder Delegation entgegenzunehmen werden und die Stellungnahme zu den Verträgen der demnächst stattfindenden neuen Zimmerwalder Konferenz.“

Von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei ist der Antrag gestellt worden, es solle vom Bundesrat die sofortige Demobilisation verlangt werden und dafür eine im Volk und unter den Soldaten intensive Propaganda zu entfalten. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Einstimmig faßte der Reichstagsvorstand in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung den Beschluß, es sei an die sämtlichen Sectionen der Partei die Aufforderung zu richten, am Sonntag, 10. November, überall Versammlungen zur Feier des Jahrestages der sozialistischen Revolution in Aufbruch abzuhalten.

In einer längeren Resolution nimmt der Parteivorstand Stellung zur Haltung des schweizerischen Botschafters Olier gegenüber der bolschewistischen Regierung und bezeichnet dieselbe als einen großen Eingriff in die inneren Verhältnisse Russlands.

